

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stehe hier als Vertreter des Bündnisses Bunt statt Braun mit Kenntnis und Billigung der Verantwortlichen des Rates.

Am 8. Mai 1949 um 23.55 Uhr haben unter dem Vorsitzenden Konrad Adenauer in der verfassungsgebenden Versammlung, 4 Frauen und 61 Männer in Anwesenheit von 5 nichtstimmberechtigten Vertretern West-Berlins, mit 53 zu 12 Stimmen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Viele Abgeordnete hatten in der Zeit des Nationalsozialismus unter Verfolgung, Berufsverbot oder Inhaftierungen gelitten. Einige Abgeordnete hatten ins Ausland fliehen müssen, fünf Abgeordnete waren in einem KZ interniert gewesen.

Andere, blickten auf mehr oder weniger einflussreiche Karrieren während der NS-Zeit zurück.

Und dennoch, sie haben sich zusammen gefunden und uns, die wir nach ihnen in Verantwortung für die Menschen in unserem Land leben und handeln ein klares Gebot ins Stammbuch geschrieben.

Wortlaut Artikel 1 GG

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe den 1. und 2. Absatz des Artikel 1 unserer Verfassung zitiert.

Der Artikel 1 des Grundgesetzes ist das einzige Grundrecht, das (neben Art. 20) mit einer "Ewigkeitsgarantie" (Art. 79,3) gesichert ist. Es darf in seinem Kern, auch durch eine verfassungsändernde Mehrheit, niemals geändert werden.

Die *Würde des Menschen* stellt den obersten Verfassungsgrundsatz dar, an dem folglich alle staatliche Gewalt ihr Handeln auszurichten hat.

Im Lichte dieser Verpflichtung haben Mitglieder von Bunt statt Braun einen Text erstellt, den wir den gewählten Vertretern des Rates zur Beratung und hoffentlich auch Beschlussfassung an die Hand geben wollen.

Das Solinger Bündnis „Bunt statt Braun“ bittet den Rat der Stadt Solingen über folgende Resolution abzustimmen:

Solinger Konsens gegen Rechts: Wir alle sind Solingen!

Solingen ist eine weltoffene und tolerante Stadt.

Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen sind hier zu Hause. Humanität, Solidarität in unserer Demokratie sind die Grundwerte, die unser kommunales Zusammenleben tragen. Das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft gehört zur Geschichte unserer Stadt und wird ihre Zukunft sein.

Wir setzen uns entschlossen für Menschenwürde, kulturelle Vielfalt und Freiheit ein; Grundrechte, die durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschützt sind. Wenn wir auch morgen in einer offenen und demokratischen Gesellschaft leben wollen, müssen wir heute alle Angriffe abwehren, die diese Gesellschaft abschaffen wollen.

Daher gilt es, besonders wachsam zu sein gegen alle nationalistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten.

Wir sind erschüttert über die Wahl von einem Vertreter einer rechtsextremen Partei sowie und einer rechtspopulistischen Gruppierung in den Rat der Stadt Solingen. Ihre Parolen dürfen in Solingen kein Gehör finden. Wir wenden uns dagegen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien ein Podium für ihre hetzerischen Inszenierungen zu geben. Mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden Positionen darf es keine Diskussion auf Augenhöhe geben.

Wir lehnen deshalb die Unterstützung rechtsextremer und rechtspopulistischer Initiativen in den Gremien des Rates geschlossen ab. Die Erfahrung anderer Städte zeigt, dass das Ignorieren solcher Initiativen und eine seriöse demokratische Arbeit in den Ratsgremien Möglichkeiten bieten, Rechtsextremen und Rechtspopulisten den Raum für eigene Inszenierungen zu nehmen. Falls diese die demokratischen Spielregeln in Gremien ausnutzen und für ihre Zwecke missbrauchen, werden wir unsere demokratischen Möglichkeiten nutzen, dem entgegenzutreten.

Die demokratische Auseinandersetzung mit Rechtsextremen und Rechtspopulisten darf aber nicht nur auf die Ratsgremien beschränkt bleiben, sondern fordert die ganze Solinger Stadtgesellschaft. Wir bitten deshalb auch die Solinger Medien, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen

und Parteien kein Forum zu bieten. Wir unterstützen die städt. Bildungs- und Kultureinrichtungen (beispielsweise VHS, das Kommunale Integrationszentrum sowie die Bündnisse Toleranz und Bunt statt Braun) die Gefahren rechtsextremer Ideologien darzustellen.

Wir treten gemeinsam aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus in der Gesellschaft ein und unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen rassistische Stimmungsmache engagieren.

Dabei muss klar sein: Gewalt ist keine Lösung.

Wir appellieren deshalb an alle politisch Handelnden in Solingen und darüber hinaus, sich nicht provozieren zu lassen und für eine Auseinandersetzung einen demokratischen und gewaltfreien Weg zu wählen.

Wir wollen ein Solingen, das Perspektiven für alle die Menschen bietet, die auf dem Boden des Grundgesetzes hier leben und die sich an Recht und Gesetz halten. Wir wollen ein Solingen, das aus einer stolzen Vergangenheit und einer engagierten Gegenwart eine gute Zukunft für alle Menschen gestaltet. Und wir wollen ein Solingen, das gemeinsam nach Lösungen sucht, anstatt Probleme dazu zu benutzen, auf dem Rücken von Minderheiten eine menschenverachtende Ideologie wieder salonfähig zu machen.



Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen zum Wohle unserer Stadt und Ihrer Bürger Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Solingen, 3.Juli 2014